Dresdner Neueste Nachrichten

Anzeigenpreise: Die 26 mm breite Zeile kostet 0.30 Goldmark, für auswärts 0.35 Goldmark, für das Ausland 0.50 Goldmark. Die Reklamezeile, 81 mm breit, kostet 1.50 Goldmark, für auswärts 2.00 Goldmark. — Die Briefgebühr für Nachlaßangelegenheiten beträgt 0.10 Goldmark. — Für Einschaltung an bestimmten Tagen und Plätzen kann eine Gewähr nicht übernommen werden.

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Bezugspreise: Für den halben Monat 1 G.-Mark bei freier Zustellung durch Boten. Postbezug für Monat Mai 2.00 Goldmark, für die Tschecho-Slowakei monatlich 2 Kr. 15. Kreuzbandsendungen: im Inlande wöchentlich 0.90 Goldmark, nach dem Auslande 1.20 Goldmark. Einzelnummer 10 G.-Pfennig

Redaktion, Verlag und Hauptgeschäftsstelle Dresden-A., Ferdinandstr. 4. • Fernruf: 27980, 27981, 27982, 27983. • Telegramme: Neueste Dresden. • Postscheck: Dresden 2060

Nr. 114 — Donnerstag, 15. Mai 1924 — XXXII. Jahrg.

Macdonald verlangt Annahme des ganzen Berichts der Sachverständigen

Ein nationaler Block der Mitte

Der Kampf um die Fraktionsgemeinschaft der Mittelparteien

B. Berlin, 14. Mai. (Eig. Drahtbericht.) Wärmer und mit mehr Entschiedenheit als bisher das Organ irgendeiner andern Partei bekennt sich heute die „Germania" zu dem Plan, **die drei Fraktionen der Mitte zu einem Block zusammenzuschließen, und von dieser nunmehr stärksten Gruppe den Kanzler Marx auch den neuen Reichstag zu präsentieren.** Die Einheitsliste, die aus dem Schoß der um ihre Zukunft besorgten Parteien gemacht werden könnten und tatsächlich auch schon gemacht wurden, glaubt das Zentrumsblatt damit abweisen zu können, **daß ja nur die Fraktionen, keineswegs aber die Parteien selbst fusioniert werden sollten. Die Parteien würden mithin nichts von ihrer traditionellen Eigenart und Selbständigkeit einbüßen.** In diesem Zusammenhang schreibt die „Germania" dann weiter: „Der Plan ist ein Ausdruck des Verantwortungsbewußtseins seiner Väter und deshalb nicht ohne weiteres von der Hand zu weisen. Noch er Hand und Fuß hat, geht schon aus der heftigen Opposition der Deutschnationalen hervor, die ihre Mitläufer schwinden sehen."

Das ist alles gewiß richtig. Immerhin bliebe diese neue Fraktion oder besser dieser neue „Block der Mitte" ein etwas mechanisches Auskunftsmittel, von dem wir noch nicht wissen, ob es sich gegen die Opposition würde durchsetzen können. Vermutlich würden gegen diesen Versuch neuer Mehrheitsbildung mit den Deutschnationalen auch die Deutschvölkischen und die Kommunisten aufstehen. Und die ungezähmten und auch unzähmbaren Kräfte, die gerade die beiden letzten Gruppen einschließen, würden bei der Gelegenheit voraussichtlich ihre erste Schlacht liefern. Von andrer Seite ist inzwischen auch schon gemeldet worden, daß die Bildung einer Fraktion der Mitte sofort durch einen **Zusammenschluß der Rechtsgruppen des Reichstages beantwortet werden würde.** So ganz einfach wird sich also das Ziel, das sicher des Schweißes der Edlen wert ist, **nicht erreichen lassen. Dennoch wird man nicht ablassen dürfen, nach einem Weg zu suchen,** der den ruhigen und stetigen Gang der deutschen Außenpolitik gewährleistet. Wir stimmen in der Beurteilung durchaus einem Leitaufsatz der Stresemannschen „Zeit" bei, der aus den französischen Wahlen diese Nutzanwendung zieht: **„Deshalb ist es jetzt um so notwendiger, daß man die Linie der deutschen Außenpolitik folgerichtig fortsetzt. Eine Uebertragung der deutschnationalen Wahlparole auf die deutsche Außenpolitik wäre eine verhängnisvolle Durchkreuzung, die alles wieder in Frage stellen müßte, was bisher erreicht worden ist."**

*

Hoffentlich gelingt es, die Schwierigkeiten, die der Bildung eines starken Blocks der Mitte ohne Zweifel entgegenstehen, zu überwinden. Die Bildung eines solchen Blocks wäre ein erster entschiedener Schritt zur Ueberwindung des jetzigen Parteienwirrwarrs in Deutschland und würde von den Wählern, die sich in dem Gewühl der um die Palme des Tages am 4. Mai ringenden Gruppen und Grüppchen kaum mehr zurechtfanden, sicherlich freudig begrüßt werden. Die Entwicklung wird eines Tages die Parteien mit zwingender Gewalt in diese Richtung drängen, und es wäre nur eine kluge Vorbereitung dafür, was einmal mit unbedingter Notwendigkeit kommen muß, wenn jetzt wenigstens die Fraktionen der Mitte zu engerer Zusammenarbeit gebracht werden könnten. Bei den Parteien wird es — dafür sind wir in Deutschland — ja noch gute Weile haben. Scheinen doch vielen Kreisen in der Deutschen Volkspartei und der Demokratischen Partei die Widerstände gegen den Zusammenschluß zu einer großen deutschen liberalen Partei noch als unüberwindlich, glaubt man doch dort über die Tatsache nicht hinwegkommen zu können, daß die eine Partei im Prinzip die Monarchie, die andre die Republik als die beste Staatsform bezeichnet. Wieder echt deutsch! Ausgerechnet heute der Kampf um die beste aller Staatsformen! Die Prinzipien und die Theorie über alles!

Aber abgesehen von diesen prinzipiellen Erwägungen, wäre selbst eine bloße Fraktionsgemeinschaft der Mitte aus außenpolitischen Gründen — und andre dürften unter den heutigen Umständen für uns gar nicht in Frage kommen — taktisch das Gegebene. Wir wollen dabei für heute die Frage, wie weit man die Deutschnationalen nach ihrem Wahlerfolge zur Mitverantwortung heranziehen muß, unerörtert lassen. Kaum ein Zweifel aber kann vorhanden sein, daß es nicht klug wäre, ihnen als stärkster Fraktion die Führung des Kabinetts zu überlassen, auch wenn man sie auf Grund des Wahlergebnisses mit in die Regierungskoalition einbezieht.

Nach dem überraschenden Ausfall der französischen Kammerwahlen weniger denn je! Zum erstenmal bietet sich durch die Niederlage Poincarés wenigstens eine neue Möglichkeit zu einer besseren und schnelleren Lösung der Reparationsfrage. Wieweit die neue Mehrheit der französischen Kammer diese Möglichkeit auszunutzen verstehen und sich der hohen historischen Verantwortung, die auf ihr ruht, würdig zeigen wird, steht noch dahin. Auf jeden Fall hat der französische Chauvinismus eine Schlappe erlitten, an deren Zustandekommen auch die vorsichtige und gut beratene Außenpolitik Dr. Stresemanns nicht unbeteiligt ist. Mit Recht kann deswegen die „Zeit" heute darauf hinweisen, daß der Stimmungsumschwung in Frankreich durchaus mit der deutschen Außenpolitik parallel gehe und daß es deshalb um so notwendiger sei, die bisherige Linie der deutschen Außenpolitik folgerichtig fortzusetzen. Ein Kabinett unter deutschnationaler Führung wäre dazu schon aus psychologischen Gründen nicht imstande. Es würde zuviel Mißtrauen im Auslande zu überwinden haben. Der französischen Propaganda dürfte es ein leichtes sein, gar bald der öffentlichen Meinung in der ganzen Welt das Bild vom reaktionären nationalistischen Deutschland und vom republikanisch-demokratischen Frankreich einzuprägen. Erinnern wir uns daran, wie sehr uns dieses Propagandabild schon einmal in entscheidender Stunde geschadet hat. Es ließ uns den Krieg verlieren!

Es gibt allerdings Leute in Deutschland, die an eine Niederlage des Poincarismus in Frankreich nicht recht glauben wollen, und so kann man in deutschen Zeitungen „Politiker" an der Arbeit sehen, die sich im Schweiße ihres Angesichts bemühen — ein ergötzlicher Anblick! —, Poincarés Ehre zu retten und zu beweisen, daß er keinesfalls der Geschlagene des 11. Mai sei und wahrscheinlich am 1. Juni Arm in Arm mit Herriot wieder auftreten würde. Begründet wird dies damit, daß Herriot in der Kammer stets mit der größten Hochachtung von Poincaré gesprochen habe (was für einen verantwortlichen Führer in Frankreich einfachstes Gebot der Höflichkeit ist) und daß Poincaré auf den Wahlversammlungen überall mit Begeisterung aufgenommen wurde. Warum er dann eigentlich bei der Abstimmung eine so vernichtende Niederlage erlitt, bleibt unerfindlich.

An eine vollkommene und plötzliche Schwenkung der französischen Außenpolitik glaubt natürlich niemand. Aber man hat, wenn man derartige Wahlbetrachtungen aus der Krähwinkelperspektive liest, mit denen bewiesen werden soll, daß sich in Frankreich „eigentlich" gar nichts geändert habe, doch Bedenken, ob die maßgebenden deutschen Parteikreise überall sich der ungeheuren Bedeutung des Augenblicks für Deutschland und Frankreich voll bewußt sind. In Paris und Berlin tagen von Ende dieses Monats an neue Parlamente. Neue Möglichkeiten sind gegeben, endlich zu einer beide Teile befriedigenden Verständigung zu kommen. Neue Wege stehen offen. Die Politik Stresemanns hat bisher das deutsche Volk auf außenpolitischem Gebiete ruhig, sicher und stetig aus dem schlimmsten Chaos herausgeführt. Wird sie sich auch der neuen Situation gewachsen zeigen? Wird das Parlament genügend Verantwortungsgefühl besitzen, ihr eine weitere Chance zu geben und an diesem kritischen Wendepunkte auf einen Kurs- und Personenwechsel zu verzichten?

Th. Sch.

Die Schlichtungsverhandlungen im Bergbau

B. Berlin, 14. Mai. (Eig. Drahtbericht.) Die Schlichtungsverhandlungen im Bergbau beginnen heute vormittag. Aeußerlich sind diese Verhandlungen, die nach einer Vorbesprechung beim Reichskanzler um 11 Uhr ihren Anfang nehmen, als Fortsetzung der Beratung über den Manteltarif anzusehen, die am Montag im Ruhrgebiet als ergebnislos abgebrochen wurden und jetzt durch Schiedsspruch des Reichsarbeitsministers entschieden werden sollen. Diese Gelegenheit wird man benutzen, um vorerst die großen Streitfragen, die den Anlaß zu Streik und Aussperrung gegeben haben, zu behandeln. Die Arbeitgebervereinigung, der Zechenverband, wird durch den Generaldirektor Dr. Biskott und Bergassessor Hölling vertreten sein, der sozialdemokratische „Alte Bergarbeiterverband" durch August Schmidt. Von den christlichen Gewerkschaften werden die Landtagsabgeordneten Stäge und Imbusch an den Verhandlungen teilnehmen.

Man wird nicht erwarten dürfen, daß die Verhandlungen schon heute zum Ausgleich und Abschluß führen. In Bergbaukreisen sieht man nach wie vor auf dem Standpunkt, daß unter den heutigen Verhältnissen eine erneute Verkürzung der Arbeitszeit der Untertagearbeiter ganz unmöglich sei. Die dadurch eintretende Verminderung der Förderung würde die Selbstkosten um 3 M. bis 3,50 M. die Tonne erhöhen und den Verlust, der heute infolge der Mieumlasten auf jeder geförderten Tonne ruht, von rund 5 M. auf etwa 8 M. erhöhen, was schlechthin untragbar wäre.

Eine Diskussion über das Gutachten ausgeschlossen

Der Standpunkt der englischen Regierung

WTB. London, 14. Mai. (Durch Funkspruch.) Macdonald erklärte in einer Rede in der Albert-Halle über die auswärtige Politik der Arbeiterregierung: „Die Lage in Europa beginne sich zu ändern. Die ruhige Vernunft beginne, die Gedanken aller Nationen Europas zu beeinflussen. Zur Lösung des großen Problems eines völligen Wiederaufbaues Europas seien eine oder zwei Nationen nicht genügend. Frankreich, Belgien, Italien und Großbritannien genügten noch nicht. Es sei auch noch nicht genug, wenn Deutschland und Rußland hinzukämen. Die auswärtige Politik der Arbeiterregierung wende sich nicht nur an die Großmächte, sondern auch an die kleinen Mächte, an Schweden, Norwegen, Dänemark, Holland, Polen, die Tschecho-Slowakei und alle andern. Ohne die kleinen Nationen werde die große Friedensvereinigung Europas unvollständig sein und, bevor sie vervollständigt sei, könne die Arbeiterregierung niemals davon überzeugt sein, daß ihre auswärtige Politik zum Erfolg führen werde. Der Schwache müsse die Beute des Starken werden, wenn die Welt allein durch Gewalt beherrscht werde. Nur wenn die Nationen entwaffnet seien, werde es Gerechtigkeit zwischen den Völkern geben." Einige Kritiker fragten, weshalb die Regierung nicht eine internationale Konferenz einberufe. Man könne eine Konferenz nicht einberufen zu einer Zeit, wo sie keinen Erfolg haben würde, und ein Mißerfolg würde sehr verhängnisvoll sein. Die Regierung bereite jedoch den Weg zu ihr vor. Das große Problem der Regierung im gegenwärtigen Zeitpunkt sei, den Sachverständigenbericht zur Ausführung zu bringen. Es gäbe einige Punkte in dem Bericht, die ihn bedenklich stimmten. Aber weder Deutschland, Frankreich, Italien, Belgien, noch Großbritannien könnten es sich leisten, jetzt auf Einzelheiten einzugehen. Es handle sich um den ganzen Bericht und um nichts als den Bericht. Wenn man bei der späteren Durchführung auf Schwierigkeiten stoße, so sei immer noch die Vernunft vorhanden, und man könne dann Einzelheiten regeln.

Das politische Erdbeben am 11. Mai

Kabinett Herriot oder Kabinett Briand? — Doumergue als eventueller Nachfolger Millerands — Ohnmächtige Wut der französischen Blockpresse

Telegramm unsres Korrespondenten

eh. Paris, 14. Mai

Zwei Tage nach dem politischen Erdbeben des 11. Mai läßt sich das Trümmerfeld überblicken.

Poincaré erkannte, daß die Schlacht verloren war

Er fand, in die Hauptstadt zurückgekehrt, eine schlechte Aufnahme. Intime Freunde überschütteten ihn mit Vorwürfen wegen seiner erbärmlichen Führung. Zu spät kamen sie zur Einsicht, daß Poincaré ein unfähiger Wahlstratege ist. Der Ministerpräsident nahm die gegen ihn gerichteten Anklagen widerspruchslos entgegen. Dem geschlagenen Deputierten Arago sagte er: „Ich habe mein Bestes getan."

Auch im Elysée fängt es an zu dämmern. Die Hausfreunde machen Kondolenzvisiten, denn bald wird Millerand mit den neuen Männern verhandeln müssen. Wie er sich dieser Aufgabe entledigen wird, bleibt abzuwarten. Im Hintergrund steht Briand, der sein Talent, sich den Umständen anzupassen, dem Elysée zur Verfügung stellen könnte.

Die Schlacht vom Sonntag hat auch den Präsidenten der Republik schwer getroffen

Der linke Flügel des Kartells fordert die Demission Millerands und stützt sich auf einige unwiderlegliche Argumente. Der Präsident der Republik bekämpfte die Sieger von heute mit allen Mitteln. Er mobilisierte die Presse und Stoßtrupps der Blockpropaganda. Man mißtraut ihm, wenn er morgen im neuen Kabinett die traditionelle Rolle eines neutralen Schiedsrichters übernehmen sollte. Mit Poincaré gehört er zu den Geschlagenen des 11. Mai. Millerand will aber trotzdem noch den Versuch machen, mit den Männern des Kartells der Linken zu arbeiten. Erkennt er, daß sich dieses Zusammenwirken aus politischen Meinungsverschiedenheiten nicht erreichen läßt, so wird er abdanken. Auf eine derartige Wendung ist der Präsident gefaßt. Seine Privatwohnung wird instand gesetzt, weil plötzliche Ereignisse den Umzug notwendig machen könnten. Verläßt Millerand das Elysée, so bleibt ihm die Möglichkeit offen, die Führung des geschlagenen Bloc national zu übernehmen.

Als eventuellen Nachfolger Millerands nennt man den Senatspräsidenten Doumergue

Poincaré hat dem Präsidenten die Bahn freigemacht. Von morgen ab beginnen die Konferenzen über die Bildung einer Kartellregierung, während nach außen hin ein politisches Interregnum sich bis zum 22. Mai bzw. 2. Juni erstrecken wird. Die Mitglieder des Kabinetts Poincaré werden in dieser Zeit ihre laufenden Geschäfte abwickeln und ihren Mitarbeitern Unterschlupf in der Provinz verschaffen. Die Räumung der Ministerien findet diesmal in großem Umfang statt.

Eine Reform an Haupt und Gliedern steht bevor

In den Parlamentsausschüssen bereiten sich die Vorsitzenden und Referenten auf ihren Abgang vor. Dariac, dessen Annexionsplan bekanntlich die Grundlage der poincaristischen Ruhr- und Rheinpolitik bildete, wird den Posten des Vorsitzenden der Finanzkommission räumen. Ein Linksradikaler, vielleicht ein Sozialist, tritt an seine Stelle. Der Budgetberichterstatter ist geschlagen. Ein Sozialist übernimmt dessen Nachfolge. Desgleichen wird man den Hauptberichterstatter der Finanzkommission aus dem Kartell wählen. In der Heereskommission tritt an die Stelle des geschlagenen chauvinistischen Generals de Castelnau ein Linksrepublikaner. Wenn Briand nicht ins Kabinett eintreten sollte, so hält man für ihn den Vorsitz der Kommission für auswärtige Angelegenheiten frei. Der gegenwärtige Vorsitzende dieser Kommission, Leygues, tritt zurück. Aus diesem durchgreifenden Personenwechsel läßt sich

die ganze Tragweite des politischen Umschwunges

erkennen. Die Vermutung einiger Boulevardblätter, das Kartell werde sich mit halben Maßnahmen begnügen, entspricht einem frommen Wunsch der Geschlagenen. Sehr bald wird sich zeigen, daß die neue Mehrheit aufs Ganze geht. Sie verlangt eine vollständige Reinigung der Atmosphäre. Ihre erste Aufgabe nach Zusammentritt der Kammer wird es sein, die politische Amnestierung zu votieren und den wegen Streiks entlassenen Eisenbahnern die Wiederaufnahme zu gewähren. Sodann wird sie geschäftliche Bestimmungen wegen Preistreiberei für Lebensmittel zur Annahme bringen. In dieser Hinsicht wollen die Großhändler den Ereignissen etwas zuvorkommen. In den Pariser Markthallen trat heute bereits ein überraschender Abbau der Preise ein. Von den Steuergesetzen Poincarés bleibt wahrscheinlich nicht viel übrig. Dagegen wird der Gesetzentwurf über die Vermögenssteuer noch vor den Sommerferien herauskommen. Die Rechtspresse feuert wohl ihre Tendenzlügen auf die Sieger ab, indem sie behauptet, man werde jetzt in Deutschland einen arroganten Ton gegen die künftige französische Regierung anschlagen. Aber sie gibt zu, daß

das Regime der poincaristischen Gewalt wirklich zu Ende

sei. Bainville schreibt resigniert in der „Liberté": „Der französische Wähler entschied sich dafür, daß wegen der Reparationen kein Krieg mit Deutschland geführt werden solle. Er gab den Linksparteien, welche mit England zusammen die Entschädigungsfrage lösen wollen, den Vorzug gegenüber dem poincaristischen Standpunkt. Frankreich muß es aufs äußerste ankommen lassen, um seine Ansprüche durchzusetzen. Die neue Mehrheit wird die Reparationsfrage diskutieren. Sie wird sich mit dem Möglichen begnügen und hofft naiverweise (!) auf eine Entente mit Deutschland. Bainville möchte als Ultranationalist eine derartige Politik als für Frankreich außerordentlich gefährlich hinstellen. Er behauptet, daß sich die Deutschen mit einem französischen Entgegenkommen in der Reparationsfrage nicht begnügen, sondern auch neue territoriale Wünsche, das heißt die willkommene Revision des Versailler Vertrages, vorbringen würden. Wenn es soweit gekommen ist, dann wird nach Bainvilles Prophezeiung der Bloc national seine Wiederauferstehung feiern. Hetzartikel dieser Art sind die einzigen Waffen, mit denen in den nationalistischen Zeitungen jetzt gearbeitet wird. Es ist immerhin bedauerlich, daß das Kartell in der Presse nicht die nötigen Waffen besitzt, um den Treibereien der geschlagenen Blockkamarilla scharf entgegenzutreten. In maßgebenden politischen Kreisen wurde mir gestern abend mitgeteilt, daß wahrscheinlich Herriot, Painlevé und Blum die Ministerien des Innern, der Landesverteidigung und der Justiz übernehmen würden. Mit Briand wird über das Portefeuille des Auswärtigen verhandelt. Von sozialistischer Seite

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19240515/1